

Samstag, 20. Mai 2023, Erdinger Anzeiger / Lokalteil

## Seniorentag: Streit um Bierzeichen

**Gemeinde Wartenberg will Kosten sparen, stößt aber auf Kritik - Heißes Eisen Medienzentrum**

VON MARKUS SCHWARZKUGLER

Wartenberg - Fleißig gestritten wurde am Mittwoch im Wartenberger Marktrat vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung. Neben den nach enger Abstimmung gerade noch so durchgewunkenen Gebührenerhöhungen im Kita- und Mittagsbetreuungsbereich (wir berichteten) ging es auch bei den Themen Medienzentrum und Sitzungsgeld hoch her. Und als es sich ganz zum Schluss der über zweieinhalbstündigen Debatten auch noch um Bierzeichen beim Seniorentag auf dem Volksfest Mitte Juni drehte, herrschte passenderweise eine Gesprächskultur wie im Festzelt.

Die Senioren erhalten heuer Kuchen vom Festwirt und ein Essenszeichen von der Gemeinde - aber kein Getränk mehr. Das gefiel Seniorenreferent Paul Neumeier (FWG) nicht. Es habe doch mal heißen, dass man den Senioren nichts nehmen wolle. „Ich finde das schade.“

Ähnlich sah es Michael Gruber (SPD), der schon am Mittwochmorgen einen Offenen Brief an Bürgermeister und Marktrat gemailt hatte. Er berichtete von der Jahreshauptversammlung des VdK, dessen Vorsitzender er ist: „Eine Abstimmung unter den 38 Anwesenden ergab eine große Mehrheit für diesen Wunsch (nach einem Freigetränk; Anm. d. Red.) mit vier Enthaltungen und keiner Gegenstimme. Trotz des Verständnisses für die aktuelle finanzielle Lage der Marktgemeinde empfinden es die meisten als sehr ungerecht, dass es hier überwiegend diejenigen älteren MitbürgerInnen mit Renteneinkommen trifft, die zugleich auch noch mit den vielen anderen Verteuerungen in ihren Lebensumständen zu kämpfen haben“, schrieb Gruber.

Das ließ Bürgermeister Christian Pröbst (CSU) nicht unkommentiert: Die Erhöhungen mache die Gemeinde „querbeet, und eine Gruppe auszunehmen, wäre ungerecht. Dann könnte man auch sagen, die Kinder beziehungsweise Familien sollen nicht belastet werden, oder die Unternehmen, die jetzt in der Energiekrise stecken“.

Nach den Vorstößen Grubers und Neumeiers unter „Bekanntgaben und Anfragen“ soll das Thema nun auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung kommen.

Pröbst erklärte jedenfalls: „Wir haben 1100 Personen eingeladen. Das macht eine Summe, die ist in der aktuellen Lage einfach zu viel.“ Die Freie Wählergemeinschaft könne die Kosten für die Bierzeichen ja auch übernehmen, meinte Neumeier in der mitunter in den Wahlkampf abdriftenden Sitzung.

Einen überraschenden Vorstoß wagte Neumeiers Fraktionskollegin Heike Kronseeder. Sie sprach sich nun doch gegen die Verringerung des Sitzungsgeldes für die Markträte von 35 auf 15 Euro aus. Es gehe auch um die Wertschätzung ihrer Arbeit. Josef Sedlmaier (CSU) widersprach ihr und hob den „symbolischen Charakter“ hervor. Und Eduard Ertl (Neue Mitte) meinte: „In dieser ganz prekären Haushaltslage sollten wir als Markträte auch ein Zeichen setzen.“

Gruber forderte nun Zahlen zur Vergütung nicht nur der Räte, sondern auch der Bürgermeister. Das Gehalt des Gemeindechefs sei doch fest geregelt, entgegnete ihm Pröbst angesäuert - „interessant, deine Meinung...“ Letztlich stimmten 13:8 Räte für die Reduzierung.

Gestritten wurde auch wieder übers Medienzentrum, in dem sich die Gemeinde mittlerweile das Gehalt einer Leitung spart (wir berichteten), laut Pröbst einen mittleren fünfstelligen Betrag. Laut Gemeindeverwaltung wurde das Arbeitsverhältnis mit Ulla Zehner „einvernehmlich beendet“. Sie wechselt beruflich nach München.

Pröbst übernimmt aktuell interimsmäßig die Leitung. Doch Kronseeder bezweifelte, dass er und die weiteren Beschäftigten dort die Arbeit einer Leitung auffangen können. Es handle sich um eine wichtige Kultureinrichtung mit Veranstaltungen, die viel mehr sei als eine Bibliothek.

Nina Hieronymus (CSU) meinte dazu, dass doch niemand das Medienzentrum und die Arbeit des damit befassten Arbeitskreises in Frage stelle, aber hier gehe es um freiwillige Leistungen.

Mit 12:9 Stimmen wurde letztlich die neue Satzung durchgeboxt, nur drei Gegenstimmen gab es beim Beschluss, aufgrund der angespannten Haushaltslage Neueinstellungen über geringfügige Beschäftigung beziehungsweise Ehrenamts-pauschale abzuwickeln.

Auch die Benutzungsgebühren werden angehoben, Kinderausweise kosten pro Jahr sieben, Erwachsene zahlen 18 Euro. „Eine Toniebox kostet doch alleine schon 16 Euro“, hielt Vize-Bürgermeisterin Carla Marx (Neue Mitte) die Beiträge für vertretbar.